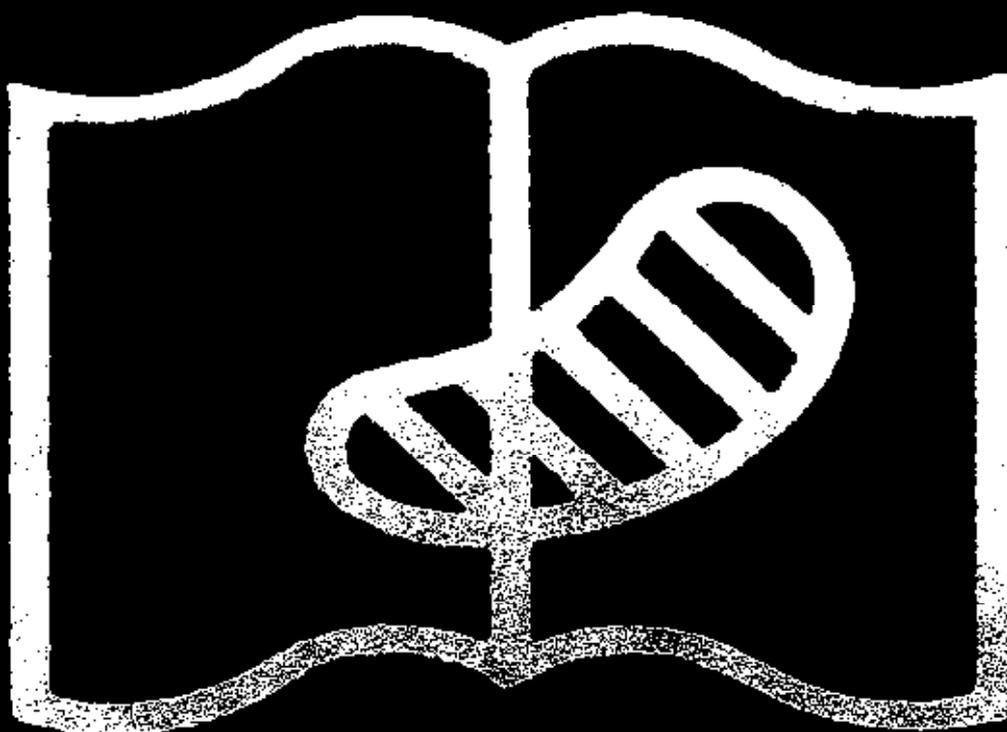


Nach diesen Grundsätzen ist festzustellen:

1. Der Landtag mißbilligt das rechtsstaatswidrige Verhalten der Staatsregierung anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels gegenüber kritischen Bürgerinnen und Bürgern.

Er



# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0  
Telex: 886846 ppbn d  
Telefax: 9 15 20-12



## Inhalt

Karsten D. Voigt MdB zu Äußerungen zur Entsendung eines Flottenverbandes vor die Adria-Küste: Wer abschreckt, droht auch mit Kampfeinsatz.

Seite 1

Ortwin Runde zu den gesundheitspolitischen Vorhaben der Bundesregierung: Kranke bleiben auf der Strecke.

Seite 2

Professor Dr. Alfred Förster MdL zur Zukunft der sächsischen Hochschullandschaft: Schwarzes-Peter-Spiel um Verantwortung.

Seite 4

Siegmar Mosdorf MdB zum Auslaufen der Förderungsfrist beim Katalysator-Einbau: Anreiz zur ökologischen Umrüstung bieten.

Seite 5

Lissy Gröner MdEP zu einer Initiative im Europäischen Parlament, die auch in den einzelnen EG-Staaten umgesetzt werden soll: Kinderbeauftragte in alle Parlamente!

Seite 6

47. Jahrgang / 132

14. Juli 1992

### Wer abschreckt, droht auch mit Kampfeinsatz

Zu Äußerungen zur Entsendung eines Flottenverbandes vor die Küste des ehemaligen Jugoslawien

Von Karsten D. Voigt MdB

Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die "Abschreckung" sei eine wesentliche Aufgabe des vor die Küste des ehemaligen Jugoslawien zu entsendenden Flottenverbandes: So gleichermaßen der Pressesprecher des Bundesverteidigungsministeriums am 13. Juli in einem Interview mit dem NDR und der Generalsekretär der WEU am vergangenen Wochenende gegenüber dem "Handelsblatt".

Die Bereitschaft zur Übernahme einer militärischen Abschreckungsfunktion setzt in der Logik der Abschreckung die Bereitschaft zum Einsatz militärischer Gewalt für den Fall des Versagens der Abschreckung voraus.

Die Beteiligung an einer über die Zwecke der Verteidigung des Bündnisgebietes hinausgehenden Abschreckungsfunktion widerspricht nach Auffassung der SPD eindeutig den engen Grenzen, an die das Grundgesetz den Einsatz der Bundeswehr bindet. Dieser Einsatz wäre auch keine Bündnisverpflichtung, die die Bundesrepublik durch ihre Mitgliedschaft in der NATO und der WEU übernommen hätte.

Die Entscheidung über den militärischen Einsatz der Bundeswehr, die stets das Risiko des Todes einzelner Soldaten und in letzter Konsequenz auch die Entscheidung über Krieg und Frieden beinhaltet, darf nicht auf Dauer in einer verfassungsrechtlichen Grauzone und auch nicht auf Grund informeller Absprachen zwischen der Regierung und der Opposition getroffen werden. Gerade auch die Soldaten haben den Anspruch auf eine rechtlich unumstrittene und parlamentarisch eindeutig abgesicherte Grundlage ihrer Einsätze.

Die von der Bundesregierung geplante Entsendung von Einheiten der Bundesmarine vor die Küste des ehemaligen Jugoslawiens stellt für die SPD einen verfassungsrechtlich nicht akzeptablen Versuch dar, ohne vorhergehende Grundgesetzänderung - für die die Bundesregierung im Unterschied zur SPD bis zum heutigen Tag immer noch keinen Vorschlag vorgelegt hat - durch eine Politik der vollendeten Tatsachen den bisher begrenzten Einsatz der Bundeswehr schrittweise zu erweitern.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 1204-08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mit zuzügl. Mwst und Versand.

Veranstaltet durch  
den Deutschen Bundestag  
Recycling-Papier



Nach diesen Grundsätzen ist festzustellen:

1. Der Landtag mißbilligt das rechtsstaatswidrige Verhalten der Staatsregierung anläßlich des Weltwirtschaftsgipfels gegenüber kritischen Bürgerinnen und Bürgern.

Er weist entschieden die rechtfertigende Äußerung von Ministerpräsident Streibl zurück: "Wenn einer glaubt, er muß sich mit Bayern unbedingt anlegen und er muß stören, daß wir dann auch manchmal etwas härter hinkommen oder durchgreifen, das ist auch bayerische Art. Meine Damen und Herren, jeder muß wissen, wenn er nach Bayern kommt, daß er es mit Bayern zu tun hat."

2. Der Landtag fordert, daß Sicherheit auf rechtsstaatliche Weise gewährleistet wird. Demgegenüber hat Innenminister Stoiber die Situation zielstrebig verschärft, statt einen besonnenen Einsatz der Polizei zuzulassen. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit darf nicht über Bord geworfen werden, sonst gehen Meinungs- und Versammlungsfreiheit - nach dem Bundesverfassungsgericht "schlechthin konstituierend" für unsere Demokratie - verloren. Das muß auch für Meinungen gelten, die man nicht teilt.
3. Der Landtag hält die von der Staatsregierung herbeigeführte Eskalation für beschämend und schädlich für das Ansehen Bayerns und Deutschlands in der ganzen Welt und teilt die Auffassung des Gerichts, daß keine strafbare Nötigung vorliege, denn "Kritik in der Öffentlichkeit gehört zum Grundtatbestand der Meinungsäußerung in einer Demokratie, im Gegensatz zum befohlenen Jubel der Massenaufzüge vergangener Zeiten".
4. Der Landtag mißbilligt den rechtswidrigen "Münchener Kessel" am Marienhof und fordert Konsequenzen gegenüber den dafür Verantwortlichen. Die Übergriffe im Verlauf der Polizeiaktion sind zu ahnden. Der Ministerpräsident wird aufgefordert, sich bei den im "Münchener Kessel" rechtswidrig Festgehaltenen zu entschuldigen.
5. Der Landtag mißbilligt, daß die Staatsregierung schon im Vorfeld des Weltwirtschaftsgipfels zur Eskalation der Situation beigetragen hat, etwa durch:
  - o überzogene polizeiliche Maßnahmen und Verbote bei Vorbereitungstreffen und für Veranstaltungen zum Gegengipfel
  - o den umfangreichen Polizeieinsatz bei der Großdemonstration am 4. Juli 1992, bei dem die Polizei selbst einräumen mußte, daß es große Kommunikationsschwierigkeiten gab, die etwa verhinderten, daß deeskalierende Maßnahmen wie das Absetzen der Helme zügig umgesetzt wurden.
6. Der Landtag verurteilt insbesondere, daß Polizistinnen und Polizisten oft gegen ihren Willen den Anordnungen der politischen Führung zum überharten Durchgreifen Folge leisten mußten. Die ohnehin belastenden Rahmenbedingungen des Polizeiberufs sind durch das Verhalten der Staatsregierung noch verschärft worden.
7. Die Staatsregierung hat nicht nur das Bild Münchens als "Weltstadt mit Herz" empfindlich beschädigt, sondern hat darüber hinaus den Ruf von der bayerischen Liberalität durch die Anordnung der harten Polizeieinsätze in Verruf gebracht.

Bayern und seine Landeshauptstadt München haben durch die unbesonnene Haltung der Bayerischen Staatsregierung Schaden genommen.

Karl-Heinz Hiersemann, MdL, und Fraktion der SPD

Dr. Manfred Fleischer, MdL, und Fraktion der Grünen

Professor Dr. Jürgen Doeblin, MdL, und Fraktion der FDP.

(-/13. Juli 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telefax: 8 86 846 ppbn d  
Telefax: 9 15 20-12

## Inhalt

Karsten D. Voigt MdB  
zu Äußerungen zur  
Entsendung eines  
Flottenverbandes vor  
die Adria-Küste: Wer  
abschreckt, droht auch  
mit Kampfeinsatz.

Seite 1

Ortwin Runde zu den  
gesundheitspolitischen  
Vorhaben der Bundes-  
regierung: Kranke blei-  
ben auf der Strecke.

Seite 2

Professor Dr. Alfred  
Förster MdL zur Zu-  
kunft der sächsischen  
Hochschullandschaft:  
Schwarzes-Peter-Spiel  
um Verantwortung.

Seite 4

Siegmar Mosdorf MdB  
zum Auslaufen der  
Förderungsfrist beim  
Katalysator-Einbau: An-  
reiz zur ökologischen  
Umrüstung bieten.

Seite 5

Lissy Gröner MdEP zu  
einer Initiative im Euro-  
päischen Parlament,  
die auch in den einzel-  
nen EG-Staaten umge-  
setzt werden soll: Kin-  
derbeauftragte in alle  
Parlamente!

Seite 6

47. Jahrgang / 132

14. Juli 1992

### Wer abschreckt, droht auch mit Kampfeinsatz Zu Äußerungen zur Entsendung eines Flottenverbandes vor die Küste des ehemaligen Jugoslawien

Von Karsten D. Voigt MdB  
Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die "Abschreckung" sei eine wesentliche Aufgabe des vor die Küste des ehemaligen Jugoslawien zu entsendenden Flottenverbandes: So gleichemmaßen der Pressesprecher des Bundesverteidigungsministeriums am 13. Juli in einem Interview mit dem NDR und der Generalsekretär der WEU am vergangenen Wochenende gegenüber dem "Handelsblatt".

Die Bereitschaft zur Übernahme einer militärischen Abschreckungsfunktion setzt in der Logik der Abschreckung die Bereitschaft zum Einsatz militärischer Gewalt für den Fall des Versagens der Abschreckung voraus.

Die Beteiligung an einer über die Zwecke der Verteidigung des Bündnisgebietes hinausgehenden Abschreckungsfunktion widerspricht nach Auffassung der SPD eindeutig den engen Grenzen, an die das Grundgesetz den Einsatz der Bundeswehr bindet. Dieser Einsatz wäre auch keine Bündnisverpflichtung, die die Bundesrepublik durch ihre Mitgliedschaft in der NATO und der WEU übernommen hätte.

Die Entscheidung über den militärischen Einsatz der Bundeswehr, die stets das Risiko des Todes einzelner Soldaten und in letzter Konsequenz auch die Entscheidung über Krieg und Frieden beinhaltet, darf nicht auf Dauer in einer verfassungsrechtlichen Grauzone und auch nicht auf Grund informeller Absprachen zwischen der Regierung und der Opposition getroffen werden. Gerade auch die Soldaten haben den Anspruch auf eine rechtlich unumstrittene und parlamentarisch eindeutig abgesicherte Grundlage ihrer Einsätze.

Die von der Bundesregierung geplante Entsendung von Einheiten der Bundesmarine vor die Küste des ehemaligen Jugoslawien stellt für die SPD einen verfassungsrechtlich nicht akzeptablen Versuch dar, ohne vorhergehende Grundgesetzänderung - für die die Bundesregierung im Unterschied zur SPD bis zum heutigen Tag immer noch keinen Vorschlag vorgelegt hat - durch eine Politik der vollendeten Tatsachen den bisher begrenzten Einsatz der Bundeswehr schrittweise zu erweitern.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM.82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vervielfältigt: Umweltschonend  
mit wertvollen Rohstoffen  
aus Recycling-Papier



Die Entsendung eines Flottenverbandes vor der Küste des ehemaligen Jugoslawiens soll nicht vor einem Angriff auf das Bündnisgebiet von NATO und WEU, sondern vor einer militärischen Eskalation zwischen Serben, Kroaten und Muslims abschrecken (der Generalsekretär der WEU weist in diesem Zusammenhang gegenüber dem Handelsblatt auf die Kämpfe um die Stadt Dubrovnik hin).

Dieser geplante Einsatz der Bundesmarine ist damit im Gegensatz zur Äußerung des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU keine ausschließlich humanitäre Aktion. Sie überschreitet im Gegensatz zur Auffassung des FDP-Vorsitzenden, Otto Graf Lambsdorff, die verfassungsrechtlichen Grenzen, die den Einsatz der Bundeswehr bisher bestimmen.

(-/14. Juli 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Die Patienten bleiben auf der Strecke**

**Zu den gesundheitspolitischen Vorhaben der Bundesregierung**

**Von Ortwin Runde**

**Senator für Arbeit, Soziales und Gesundheit der Freien und Hansestadt Hamburg**

"Gruselkatalog, Abkassierungspaket, Keulenschlag, Opferbilanz, Aderlaß und Flickschusterei" - so haben viele Medien die Vorstellungen des neuen Gesundheitsministers Horst Seehofer (CSU) zum "Gesundheitsstrukturgesetz 1993" kommentiert. Meines Erachtens zu Recht, denn das, was die Bundesregierung als Neuauflage der gescheiterten Blüm'schen Gesundheitsreform vor hat, belastet in erster Linie die Patienten und beseitigt nicht die Ursachen für die steigenden Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung.

Statt eine wirkliche Strukturreform zu machen, wird erneut der Fehler begangen, nur an den Symptomen herumzukurieren. Auf der Strecke bleiben wieder mal die Patienten, die durch weitere Selbstbeteiligungen die Zeche in Milliardenhöhe zahlen müssen.

Seehofer und mit ihm die Koalitionäre von CDU/CSU und FDP vertreten die Ansicht, daß die neuen Pläne sozial ausgewogen sind. Die Krankenhäuser, die niedergelassenen Ärzte und die Pharmaindustrie sollen die Krankenkassen 1993 um rund acht Milliarden DM entlasten, die Patienten hingegen werden mit zusätzlich drei Milliarden DM zur Kasse gebeten, nach dem sie durch die erste "Gesundheitsreform" bereits um acht Milliarden DM geschröpft wurden.

Seehofer spricht davon, daß seine Reform des Gesundheitswesens Sofortmaßnahmen und Strukturverbesserungen enthalten. Ich frage mich, wo die Sofortmaßnahmen greifen sollen. Doch nur, das haben die bisherigen Erfahrungen mit dem sogenannten Gesundheitsreformgesetz (GRG) gezeigt, beim Patienten.

So ist festzustellen, daß überall dort, wo das Sozialgesetzbuch V die Patienten mit zusätzlicher Selbstbeteiligung und Leistungskürzungen getroffen hat, diese Maßnahmen pünktlich in Kraft getreten sind. Die Teile des GRG jedoch, die die Leistungsanbieterseite in die Pflicht nehmen sollten, sind entweder gar nicht oder nur teilweise umgesetzt worden.

So ist zum Beispiel die Zahl der niedergelassenen Ärzte, insbesondere der Fachärzte, weiter gestiegen. Seehofer will diesen kostentreibenden Boom erst ab 1999 stoppen.

Bei den Arzneimitteln hat das im GRG verankerte Instrument "Festbeträge" nicht gewirkt. Bisher sind erst rund 40 Prozent anstatt der vorgesehenen 80 Prozent des Arzneimittelmarktes durch Festbeträge erfaßt. Die deutsche Pharmaindustrie, deren Produkte weltweit zu den teuersten

zählen, hat die Einbußen im Festbetragssektor zum großen Teil durch Preiserhöhungen bei den noch nicht erfaßten Medikamenten ausgeglichen. Sicher fällt ihr wieder etwas ein, wenn, wie geplant, ab 1993 ein Preisabschlag von fünf Prozent auf Arzneimittel ohne Festbetrag verordnet wird.

Wenn jetzt von Korrekturen auf allen Ebenen im Gesundheitswesen gesprochen wird, so ist das Augenwischerei, Belastet wird nämlich wieder einseitig der Patient. Die geplante Ausweitung der Selbstbeteiligung frißt einen Teil des Nettoeinkommens auf. Ärzte, Zahnärzte und Pharmaindustrie hingegen werden auch in den kommenden Jahren an der Krankheit gut verdienen und mehr Geld einnehmen als 1992.

Der Aderlaß der Patienten soll nach Seehofers Vorstellungen durch drei Maßnahmen erfolgen:

- o Die bisher auf 14 Tage begrenzte Zuzahlung bei Krankenhausaufenthalten wird verlängert. Künftig muß jeder Tag im Krankenhaus bezahlt werden, und zwar nicht mehr mit zehn DM, sondern mit elf DM.
- o Für jedes Medikament muß der Patient selbst zahlen, und zwar zehn Prozent des Preises, maximal zehn DM mindestens drei DM. Das gilt auch für die Festbetragsmedikamente, die bisher kostenfrei waren.
- o Künftig sollen zwar weiterhin die üblichen Zuschüsse der Kassen von 60 Prozent bei Zahnersatz gezahlt werden, aber nur für sogenannte Regelleistungen. Wahlleistungen für "höherwertigen" oder "umfangreichen" Zahnersatz, und das ist eine gravierende Weichenstellung, sind zwischen Zahnarzt und Patient privat, also nach höheren Kostensätzen, abzurechnen. Diese Leistungen müssen durch private Versicherungen abgedeckt werden, die, das hat es noch nicht gegeben, bei den gesetzlichen Krankenversicherungen eingerichtet werden sollen.

Gerade der letztgenannte Punkt offenbart die eigentlich größte Gefahr der Seehofer'schen Vorlage. Das Prinzip der Solidarversicherung soll durchlöchert werden. Durch eine Neudefinition von Solidarität und Subsidiarität soll die Gesellschaft von Kosten entlastet werden, die vermeintlich der einzelne tragen kann. Kein Wunder also, daß insbesondere die Arbeitgeberseite bei solchen Offenbarungen Beifall klatscht.

Statt private Zweige in die Krankenkassen zu integrieren, sollte die Bundesregierung endlich an die überfällige Organisationsreform der gesetzlichen Krankenversicherung herangehen. Es muß geändert werden, daß sich sozial Schwache und gesundheitlich Gefährdete in besonderen Kassen sammeln und dort einseitig für hohe Beitragssätze sorgen.

Natürlich müssen auch die Kosten in den Krankenhäusern gesenkt werden. Eine behutsame Abkehr von den tagesgleichen Pflegesätzen hin zu leistungsorientierten Pauschalvergütungen macht Sinn. Wenig Sinn jedoch macht die Deckelung des Klinikbudgets in den nächsten drei Jahren. Dadurch wird den Kliniken unter anderem das Geld fehlen, zusätzliches Personal einzustellen. Was nützt die Zusage von Seehofer, daß ab 1993 bundesweit 13.000 neue Stellen für Pflegekräfte bereitstehen, wenn die Krankenhäuser dann nicht genügend Geld haben, um das Personal zu bezahlen? Insgesamt gibt es also viel Kritik an der geplanten "Strukturreform". Die SPD ist jedenfalls nicht bereit, sie so hinzunehmen und hat in dieser Frage starke Bündnispartner. Statt Kostenverlagerung und Kostendämpfung fordern wir eine wirkliche Strukturreform. Das heißt, die Steuerungsinstrumente im Gesundheitswesen müssen verbessert werden. Das geht von Großgeräteplanungen bis hin zur stärkeren Verzahnung von stationärem und ambulantem Sektor.

(-/14. Juli 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Schwarzes-Peter-Spiel um Verantwortung**  
**Zur Zukunft der sächsischen Hochschullandschaft**

Von Professor Dr. Alfred Förster MdL

Schon jetzt ist abzusehen, daß der geplante Erneuerungs- und Umgestaltungsprozeß der sächsischen Hochschullandschaft kaum frist- und qualitätsgerecht bis 30. September 1992 zu Ende kommen wird. Für die zu erwartenden Schwierigkeiten, die vor allem mit dem kurzfristigen Personalabbau an den Hochschulen Sachsens zusammenhängen, versucht die CDU-Fraktion schon jetzt Wissenschaftsminister Meyer allein den Schwarzen Peter zuzuschieben.

Tatsache ist,

- o daß das Sächsische Hochschulenerneuerungsgesetz statt im Januar erst im März 1990 von der Staatsregierung eingebracht wurde;
- o daß entgegen dem Willen der Opposition der gesamte Prozeß der Erneuerung durch die Regierungsfraktion in die Hände des Staatsministers für Wissenschaft und Kunst gelegt und damit das Parlament seines weiteren Einflusses beraubt wurde;
- o daß die Rechtsverordnung für das umstrittene verkürzte Berufungsverfahren für Professoren, zu der der Staatsminister Meyer ermächtigt und verpflichtet war, erst nach einem Jahr erlassen wurde;
- o daß der Hochschulstrukturgesetz-Entwurf des Wissenschaftsministeriums mit einer begründeten Stellenzahl von circa 13.000 Planstellen über drei Monate im Kabinett in Verantwortung des Ministerpräsidenten blockiert wurde, bis sich Minister Meyer bereit erklärte, auf 11.000 Stellen zu kürzen;
- o daß das Wissenschaftsministerium die Personal- und Fachkommissionen laut Hochschulenerneuerungsgesetz erst sehr spät bestätigte und zuwenig Rechtshilfe und Orientierung gab.

Der schwerwiegende Fehler von Minister Meyer war dabei, daß die Verordnung über das verkürzte Berufungsverfahren erst nach dem Hochschulstrukturgesetz erlassen wurde. Damit nämlich wurde nicht nur die Berufung integrierender und fachlich kompetenter Hochschullehrer behindert, sondern auch die Konstitution der Berufungskommissionen für die übrigen Lehrstühle mangels einer genügenden Anzahl von "Professoren neuen Rechts" (laut Hochschulenerneuerungsgesetz) gefährdet und behindert. So war schon vorprogrammiert, daß die personelle Umstrukturierung der sächsischen Hochschulen kaum vor der Semesterpause in Gang kommen konnte und nun bis zum Beginn des Wintersemesters überstürzt durchgeführt werden muß.

Die Verantwortung dafür trägt aber eben - wie die Fakten zeigen - nicht allein der Minister, sondern auch diejenige Fraktion, die ihm alle Kompetenzen außerhalb wirklicher parlamentarischer Kontrolle zugeschoben hat. Die Verantwortung trägt letztlich der Ministerpräsident durch die Verschleppung des Hochschulstrukturgesetzes.

Die Chance, spezifische Leistungen des bisherigen sächsischen Hochschulwesens in die überfällige gesamtdeutsche Hochschuldiskussion einzubringen, wurde ebenso vertan, wie die Möglichkeit, den strukturellen Wandel innerhalb der Hochschullandschaft mit Augenmaß und Verantwortung gemeinsam mit den Betroffenen zügig durchführen zu können.

(-/14. Juli 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Anreiz zur ökologischen Umrüstung bieten**  
**Zum Auslaufen der Förderungsfrist beim Katalysator-Einbau**

**Von Siegmur Mosdorf MdB**  
**Mitglied des Bundestagsausschusses für Forschung und Technologie**

Am 31. Juli 1992 endet die Förderung des Einbaus von Katalysatoren in Altfahrzeuge. Bisher sind 1,2 Millionen Altfahrzeuge mit einem ungeregelten Katalysator und nur circa 50.000 Fahrzeuge mit einem geregelten Katalysator nachgerüstet worden.

Rund 28 Millionen Altfahrzeuge in Deutschland sind noch nicht nachgerüstet und belasten die Umwelt täglich mit Kohlenmonoxyden, Stickoxyden und Kohlenwasserstoffen. In diesen Tagen melden sich viele Eigentümer von Altfahrzeugen, um die Fördervorteile für die Nachrüstung zu nutzen. Die Werkstätten sind völlig überlastet und werden die Aufträge bis zum 31. Juli 1992 gar nicht mehr realisieren können. Aus diesem Grund ist eine limitierte Fristverlängerung bis spätestens zum 31. Dezember 1992 erforderlich. Die Förderung soll aber nur noch dem Einbau eines geregelten Katalysators dienen, weil die Werte eines ungeregelten Katalysators unzureichend sind. Altfahrzeuge produzieren bei 20.000 km Fahrleistung eine Tonne Schadstoffe (CO, HC, NO<sub>x</sub>) pro Fahrzeug und Jahr. Bei einem umgerüsteten Fahrzeug kann man von maximal 83 kg pro Fahrzeug und Jahr ausgehen.

In gleichlautenden Schreiben an Bundesumweltminister Töpfer und an Bundesfinanzminister Waigel habe ich außerdem dafür plädiert, daß die mit ungeregelten Katalysatoren ausgestatteten Altfahrzeuge durch eine Werkstatt-Korrektur mit Sonde und Regelung ausgestattet werden, um die US-Norm mit einem geregelten Katalysator zu erreichen. Hierfür schlage ich eine Förderung in Höhe von 550 DM im bisherigen Verfahren vor. Dabei handelt es sich um den Differenzbetrag bei der bisherigen Förderung zwischen Ungeregeltem Katalysator (550 DM) und dem geregelten Katalysator (1.100 DM). Da diese Umrüstung insgesamt circa 1.000 bis 1.500 DM kostet, würde die Förderung einen echten Anreiz zur qualifizierten Umrüstung darstellen.

Interessant sind in diesem Zusammenhang Ergebnisse einiger schwäbischer Tüftler, die durch ihre technischen Erfahrungen bei der Entwicklung und Anwendung geregelter Katalysatoren Spitzenwerte bei der Begrenzung der Schadstoffemission erreicht haben.

Die Politik muß gerade im Bereich der Umweltechnologie aus ökonomischen, technologischen und ökologischen Gründen entschlossen handeln: Durch die vorgeschlagenen Sofortmaßnahmen wird mit kleinen Mitteln eine große Wirkung erreicht. Wenn Rio nicht nur eine Anklage der Dritten Welt gewesen sein soll, müssen wir in den Industrieländern einen eigenen Beitrag zum ökologischen Schutz unseres Planeten leisten.

(-/14. Juli 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Kinderbeauftragte in alle Parlamente!**

**Zu einer Initiative im Europäischen Parlament, die auch in den einzelnen EG-Staaten umgesetzt werden soll**

**Von Lissy Gröner MdEP**

**Kinderpolitische Sprecherin der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament**

Die Staaten der Europäischen Gemeinschaft müssen schärfere und effektivere Gesetze für den Schutz der Kinder gegen Gewalt, vor allem gegen sexuellen Mißbrauch, verabschieden. In dieser Frage sind sich alle Mandatsträger im Europäischen Parlament einig. Die Forderung steht im Zusammenhang mit der "Europäischen Charta der Kinderrechte", die vom EG-Parlament mit großer Mehrheit verabschiedet wurde und als Appell an die EG-Mitgliedstaaten verstanden wird, die UNO-Konvention zu ratifizieren, die die Grundrechte des Kindes definiert.

Statistiken weisen aus, daß 1990 23.000 Kinder Opfer einer Straftat waren. Die Dunkelziffer liegt weitaus höher. Im Bereich des sexuellen Mißbrauchs geht man von 50.000 bis 300.000 Fällen pro Jahr allein in den alten Bundesländern aus. Zusammen mit dem Kinderbeauftragten der bayerischen SPD-Landtagsfraktion, Eberhard Irlinger und deren jugendpolitischen Sprecherin, Anne Voget, plädiere ich dafür, daß in allen Parlamenten Kinderbeauftragte beziehungsweise Kinderkommissionen geschaffen und Kampagnen durchgeführt werden, die zu einer stärkeren Sensibilisierung führen.

Bei einer von Eberhard Irlinger kürzlich in Nürnberg durchgeführten Anhörung zum Thema "Gewalt gegen Kinder", war von den Fachleuten insbesondere auch das "ungenügende öffentliche Bewußtsein gegenüber den Problemen der Kinder" beklagt worden. Allzu oft wird über die alltäglichen Mißhandlungen der Kinder geschwiegen. Experten schätzen, daß jedes vierte bis sechste Mädchen und jeder siebte bis zehnte Junge Erfahrungen mit sexueller Gewalt machen. Allein ein Drittel der Übergriffe werden von den leiblichen Vätern verübt.

Für Bayern wird eine ähnliche Aktion, wie sie im Bundesland Hessen bereits durchgeführt wird, gefordert. Sie läuft unter dem Motto: "Hinsehen - Erkennen - Helfen - keine Gewalt gegen Kinder." Begründet wird die hessische Aktion damit, daß mißhandelte Kinder nur dann eine Chance zur Hilfe haben, wenn "sich die Menschen nicht länger wegdröhnen, nicht länger wegschauen oder weghören".

Begleitet werden sollten solche Aktionen durch parlamentarische Instanzen, die gleichzeitig auch eine Kontrollfunktion zur Einhaltung der Kinderrechte haben sollten. Deshalb verlangt auch die Sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament ein rechtsverbindliches Aktionsprogramm, das parlamentarische Kinderbeauftragte als ersten Schritt vorsieht.

Die Ursachen für die Gewalt gegen Kinder sind sehr vielseitig. Sie reichen von politisch-gesellschaftlichen Gegebenheiten und psychischen Strukturen bis zu genetisch-biologischen und sozialen Faktoren. Nach Meinung meines Kollegen Eberhard Irlinger wäre es daher sinnvoll, ein Zentralinstitut zur Erforschung und zur Verhütung von körperlichen und seelischen Mißhandlungen, von Vernachlässigung und sexuellem Mißbrauch von Kindern und Jugendlichen einzurichten.

Es ist im übrigen ein Armutszeugnis der Bundesrepublik, daß die UNO-Charta zwar ratifiziert wurde, aber durch Zusatzprotokolle die volle Gleichstellung der unehelichen mit den ehelichen Kindern verwehrt wird und Vorbehalte beim Sorgerecht gemacht werden. Die Ausführungsbestimmungen zum Kinder- und Jugendhilferecht sind bisher nur zögerlich umgesetzt worden.

(-/14. Juli 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*